



**Erklärung der SPE-Präsidentschaft:
Leben retten, Arbeitsplätze retten – SPE-Strategie zur Eindämmung der COVID-19-Krise
und zum Wiederaufbau**

Angenommen durch die SPE-Präsidentschaft am 25. Juni 2020

Vor drei Monaten hätte niemand erwartet, dass die COVID-19-Pandemie für die europäischen Gesellschaften zum größten Belastungstest der vergangenen Jahrzehnte werden würde. Das öffentliche Leben stand plötzlich still, nur die Grundversorgung konnte fortgeführt werden. Dieser Ausnahmezustand und die dramatischen Auswirkungen des Virus haben zu einer sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Krise geführt.

Die SPE-Familie hat zusammen mit unseren Staats- und Regierungschefs, Premierministern, Ministern, Regionen, Bürgermeistern, Kommissaren, Parlamentariern, Mitgliedsparteien und angeschlossenen Mitgliedsorganisationen rasch ihre Kräfte auf unterschiedlichen Ebenen mobilisiert, um die Folgen des Virus zu bekämpfen. Wir begrüßen die Arbeit aller SPE-Netzwerke, die an der Koordinierung der Reaktion unserer politischen Familie und am **„SPE-Plan zur Eindämmung des COVID-19-Schocks und zum Wiederaufbau“** mitgewirkt haben.

Wir erleben einen historischen Moment, in dem das europäische Projekt auf dem Spiel steht. Wir haben eine ehrgeizige, umfangreiche Mobilisierung mit einem EU-Aufbaufonds gefordert, um die Krise zu bewältigen und die Voraussetzungen für eine ökologische, soziale, digitale, geschlechtergerechte, inklusive und nachhaltige Zukunft für Europas Volkswirtschaften und Gesellschaften zu schaffen. Der von der Europäischen Kommission am 27. Mai gemachte Vorschlag trägt klar die Handschrift unserer Familie, und wir begrüßen diesen gemeinsamen Vorschlag. Wir möchten den SPE-Kommissarinnen und -Kommissaren und Premierministerinnen und Premierministern, insbesondere der klar vernehmbaren Stimmen von Pedro Sánchez und Antonio Costa, unseren Parteien in Regierungsverantwortung, vor allem der tragenden Rolle der SPD bei der Konzeption der deutschen Position, und unseren MdEPs in der S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments für ihre Arbeit danken. Gemeinsam haben sie auf eine progressive Antwort auf diese Krise gedrängt. Die europäische Säule sozialer Rechte, die unter Führung des schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven verabschiedet wurde, der europäische Grüne Deal, der vom Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Frans Timmermans vorangetrieben wurde, und die EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter, die von Kommissarin Helena Dalli vorgelegt wurde, sind wichtige Errungenschaften und müssen weiterhin den Rahmen für unser gemeinsames europäisches Handeln bilden. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung, die wir als kulturellen und politischen Bezugspunkt im Europawahlkampf 2019 verankert haben, haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik als Bereiche gesehen werden, die sich gegenseitig unterstützen. Überdies wollen wir bei jedem Schritt auf diesem Weg die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gleichberechtigung gewährleisten.

 www.pes.eu

 www.facebook.com/PES.PSE

 www.twitter.com/PES_PSE



Sozialdemokratische Partei Europas

10-12 Rue Guimard

B-1040 Brüssel

Belgien

1. Europa muss Arbeitsplätze sichern und einer sozialen, nachhaltigen und frauenfreundlichen Wirtschaft neuen Schwung verleihen

Die sozioökonomischen Folgen von COVID-19 sind gewaltig. Beinahe jeder war auf die ein oder andere Weise von dieser Krise betroffen, vor allem aber hat sie die Ungleichheiten unserer Gesellschaften, die von vielen so oft und so lange ignoriert worden waren, in den Blickpunkt gerückt. Sie hat uns abermals in unserer tiefen Überzeugung bestärkt, dass der Kampf gegen Ungleichheiten und die Unterstützung der Bedürftigsten unser grundlegendes Ziel sein muss. Nach fast drei Monaten außergewöhnlicher Lockdown-Einschränkungen erwachen unsere Städte und Regionen allmählich wieder zum Leben. Dennoch gibt es weiterhin äußerst schwierige und heikle Herausforderungen. Wir müssen die öffentliche Gesundheit schützen und gleichzeitig für den Schutz von Arbeitsplätzen sorgen. Massenentlassungen und missbräuchliche Kündigungen müssen verhindert werden. Der Schwerpunkt liegt darauf, die Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten, einschließlich jener, die in Kurzarbeit sind, angemessene und sichere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und für die Einhaltung aller Arbeitnehmerrechte, auch für Wanderarbeitnehmer, zu sorgen. Da einige Arbeitnehmer bereits entlassen worden sind, sollten die Mitgliedstaaten in Absprache mit den Sozialpartnern ein „Recht auf Wiedereinstellung“ festschreiben. Vor diesem Hintergrund spielen die Kohäsionspolitik und die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds eine zentrale Rolle. Die SPE hat von Anfang an die Initiative der Kommissare Paolo Gentiloni und Nicolas Schmit begrüßt, ein europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) zu schaffen. SURE muss für den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Kündigungsschutz eingesetzt werden. Es muss den Weg ebnen für eine europäische Arbeitslosenrückversicherungsregelung, wie sie im SPE-Wahlprogramm für die Europawahl 2019 vorgeschlagen wurde. In Krisenzeiten ist Solidarität nicht nur wichtig, um zu gewährleisten, dass niemand auf der Strecke bleibt, sondern sie ist auch ein wesentlicher Konjunkturstabilisator, der besonders in einer Rezession zum Tragen kommt. Unter Beachtung nationaler Besonderheiten sollte ein solches Programm eine allgemeine makroökonomische Stabilisierung des gesamten Euroraums und eine Förderung von sozialen und ökologischen Investitionen anstreben, sodass die EU besser mit außergewöhnlichen Schocks wie COVID-19 umgehen kann.

Der Wiederaufbau muss die Weichen für eine gleichberechtigte und gerechtere Gesellschaft stellen. Er muss zu einem Sozial- und Wirtschaftsmodell für die EU mit mehr Nachhaltigkeit und Inklusion im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung beitragen. Er muss eine soziale Angleichung nach oben ermöglichen – gerade auch bei den Arbeitsbedingungen und Löhnen –, Tarifverhandlungen stärken, die Einhaltung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten gewährleisten, und er muss soliden sozialen Schutz für alle bieten, wobei nationale Arbeitsmarktmodelle respektiert werden. Er muss gut funktionierende nationale Systeme weiter stärken und darf sie niemals unterminieren. Er muss auf fairen Mindestlöhnen aufbauen, wie sie bereits von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurden, wobei die Priorität auf der überarbeiteten Jugendgarantie und der angekündigten Kindergarantie liegen sollte. Für all jene, die in diesen schwierigen Zeiten kein anderes ausreichendes Einkommen haben, sollte dringend ein europäisches Mindesteinkommen – ein vorrangiges Thema für die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft – eingeführt werden, das die wirtschaftliche Situation, nationale Praktiken und den Lebensstandard in jedem Land berücksichtigt. Das Mindesteinkommen bedeutet eine dringend benötigte Unterstützung für die Bedürftigsten, darunter von Armut gefährdete Familien und Haushalte von Alleinerziehenden, und es schafft zudem neues Vertrauen in der Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Produktion wieder hochzufahren. Mehr denn je wird ein umfassender sozialer Aktionsplan gebraucht, um die gesamte europäische Säule sozialer Rechte und die EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter mit ehrgeizigen und verbindlichen Maßnahmen umzusetzen.

Mit im Durchschnitt geringeren Erwerbsquoten, mehr Teilzeitarbeit, mehr prekären Arbeitsverhältnissen und informellen Jobs im Pflege- und Gesundheitssektor, im krisengeschüttelten Gaststätten- und Hotelgewerbe oder im Einzelhandel, mit weniger Einkommen, weniger sozialer Sicherheit und mit mehr übernommener Verantwortung für Betreuungsaufgaben sind Frauen viel schwerer von der Krise betroffen. Diese Krise hat auch zu einer Zunahme von geschlechtsbezogener Gewalt und einer Gefährdung des Zugangs zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte geführt. Der Wiederaufbau erfordert daher eine durchgängige Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten (gender mainstreaming), wobei Maßnahmen für mehr geschlechtsbezogene Entgelttransparenz und einen Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles auf den Weg gebracht werden müssen. Der Aufbauplan sollte Indikatoren und gezielte Finanzierungsinstrumente für die Gleichstellung der Geschlechter enthalten, so beispielsweise auch zur Förderung der Beschäftigung, aber auch für die Unterstützung von elementaren Tätigkeiten und Betreuungsaufgaben, um sicherzustellen, dass Frauen und ihre Familien Hilfe in Anspruch nehmen können und geschützte Räume vorfinden. Die Ausgangsbeschränkungen haben gezeigt, dass Frauenrechte verletzt werden, wenn versäumt wird, angemessen auf geschlechtsbezogene Gewalt und die Frage des Zugangs zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte zu reagieren. Kinder sind ebenfalls besonders gefährdet, da Kindertagesstätten und Schulen während des Lockdowns schließen mussten. Dies hat bestehende soziale Ungleichheiten im Bildungswesen noch verschärft und erfordert auf allen Ebenen öffentliche Anstrengungen, um in eine allgemein zugängliche und qualitativ hochwertige Bildung zu investieren. Dazu muss sichergestellt werden, dass alle Kinder die für digitale Unterrichtsangebote benötigten Ressourcen bekommen, und es muss die wesentliche Bedeutung von Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten seitens der kommunalen und regionalen Behörden in der gesamten EU anerkannt werden, die mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise unter Druck geraten würden.

In einer Zeit, in der viele gezwungen waren, zu Hause zu bleiben, müssen auch Ungleichheiten in Bezug auf Wohnraum dringender denn je behoben werden. Zusätzlich zu den nationalen Moratorien, um zu garantieren, dass niemand wegen des COVID-19-Ausbruchs seine Wohnung verliert, muss durch Rahmenbedingungen für Mietpreisverhandlungen bezahlbarer Wohnraum für alle garantiert werden. Wir müssen die wirtschaftspolitische Steuerung in Europa und das Europäische Semester grundlegend auf den Prüfstand stellen, um Investitionslücken generell, besonders jedoch in den Bereichen Wohnungsbau und -modernisierung zu schließen, um Mieter und Hausbesitzer vor Zwangsräumungen zu schützen und die Programme zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zu erweitern. Mit öffentlichen Maßnahmen muss sichergestellt werden, dass für schutzbedürftige soziale Gruppen, Senioren und Kinder weiterhin ausreichend geeigneter Wohnraum, Betreuungsmöglichkeiten und Nahrungsangebote während und nach der gesamten Krise zur Verfügung stehen, wobei Einzelpersonen und Familien ohne gültige Ausweispapiere in Situationen, in denen sie dringenden Schutz benötigen, besondere Aufmerksamkeit verdienen. Dies erfordert die weitere Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft, Viehhaltung und Fischerei, die bei der Überwindung von COVID-19 allesamt strategische Sektoren zur Gewährleistung der Nahrungsmittelversorgung darstellen.

Migrantinnen und Migranten sind von der aktuellen Krise besonders betroffen, vor allem wenn ihr Aufenthaltsstatus nicht geklärt oder prekär ist; dies gilt ganz besonders für Migrantinnen. Wenn sie keine Ausweispapiere oder Schwierigkeiten bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltstitel haben, erschwert dies ihren Zugang zur Grundversorgung und damit auch zur medizinischen Versorgung. Deshalb begrüßen wir insbesondere die Initiative von Premierminister António Costa, all jenen, deren Antrag auf einen Aufenthaltstitel noch bearbeitet wird, einen befristeten Aufenthaltsstatus zu gewähren. Wanderarbeitnehmer spielen in einigen wirtschaftlichen Sektoren der EU eine wesentliche Rolle; ihr Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau wird daher unverzichtbar sein.

Deshalb sind Maßnahmen erforderlich, um ihre Schutzlosigkeit, die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und ihre soziale Ausgrenzung zu verringern, indem Gleichbehandlung, angemessene Arbeitsbedingungen und ihr Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt gewährleistet werden.

2. Europas Zukunft muss CO₂-neutral, digital, demokratisch und geschlechtergerecht sein

Die SPE-Präsidentschaft unterstützt in ihrer Erklärung vom 27. Mai den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung eines neuen Aufbauinstruments, das vornehmlich durch Zuschüsse und Darlehen umgesetzt wird, sowie zur Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens und drängt auf eine zügige Annahme durch den Rat. Dieser ambitionöse europäische Aufbauplan ist notwendig, um die Kosten einer weiteren langen EU-weiten Rezession in Verbindung mit wachsenden sozialen Ungleichheiten, Umweltzerstörung und zunehmendem Populismus zu vermeiden. Europa muss sich jetzt langfristig ausrichten und eine Strategie verfolgen, die sich auf die Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 und den europäischen Grünen Deal konzentriert; es muss dabei den digitalen Wandel berücksichtigen und Gleichstellungsaspekte durchgängig einbeziehen, unsere Demokratie stärken und die Themen der europäischen Säule sozialer Rechte vollständig integrieren.

Für die SPE enthält der Vorschlag der Europäischen Kommission das richtige Instrumentarium, um Ressourcen zu bündeln und gemeinsame europäische Zielsetzungen zu finanzieren. Wir begrüßen die Aufnahme des Aufbauinstruments in den neuen mehrjährigen Finanzrahmen und seine Verteilung über bestehende Programme in Form von Zuschüssen. Sein Schwerpunkt muss besonders auf den am schwersten betroffenen Regionen und Ländern liegen, es muss die besonders gefährdeten wirtschaftlichen Sektoren unterstützen, und es muss zu progressiven Reformen beitragen, indem es die Mittelzuweisung an Bedingungen knüpft, die durch einen erfolgreichen ökologischen und digitalen Wandel, durch soziale Integration und die Anwendung rechtsstaatlicher Kriterien auf eine Gesellschaft mit mehr Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Inklusion abzielen und dabei die Notwendigkeit erhöhter Transparenz- und Antikorruptionsmaßnahmen bei der Verwendung von EU-Mitteln berücksichtigen. In diesem Sinne wird die Überarbeitung des Europäischen Semesters essenziell sein für die soziale Dimension der Wiederaufbaustrategie. Überdies müssen Mittel für die Unterstützung der am meisten Betroffenen in unserer Gesellschaft reserviert werden. Mit diesem Instrument lässt sich ein neues Kapitel in der Geschichte Europas aufschlagen, in dem Nachhaltigkeit an die Stelle von Sparprogrammen und Gleichberechtigung an die Stelle von Ungleichheit tritt, um so einen stärkeren sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu erreichen. Die Schaffung von neuen Eigenmitteln für den EU-Haushalt wird entscheidend für diese Anstrengung sein, denn so bekommt die EU endlich jene Schlagkraft in Form von Finanzmitteln, die ihrer Größe und ihren Bedürfnissen entspricht. Wir müssen die Währungsunion durch eine Finanzunion ergänzen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren. Dies ist die fortschrittliche Zukunft, für die wir eingetreten sind.

Darüber hinaus hat die Europäische Zentralbank ihr Anleiheankaufprogramm bereits ausgeweitet, und die EU hat ein Paket von 540 Mrd. EUR verabschiedet, das die Programme des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der Europäischen Investitionsbank und die Aktivierung von SURE miteinander kombiniert. Durch diese Kombination und den Vorschlag der Kommission kann die EU ihre Schlagkraft für den Wiederaufbau auf ein beachtliches Niveau anheben. Dabei gilt es sicherzustellen, dass der Wiederaufbau zeitnah und gerecht durchgeführt wird und dass die finanzielle Unterstützung schnell und umgehend die Realwirtschaft erreicht und zu ihrer Modernisierung und Nachhaltigkeit beiträgt.

Seit dem Beginn des COVID-19-Ausbruchs haben einige Mitgliedstaaten bereits durch Zuschüsse, Beihilfen und Steuererleichterungen finanzielle Unterstützung geleistet. Durch diese

beispiellosen, massiven öffentlichen Finanzspritzen kam es zu einer Aussetzung der EU-Haushaltsregeln, die über die Krise hinaus beibehalten werden muss, auch mit Blick auf die Überarbeitung des Europäischen Semesters, wenngleich die Regierungen ihre Budgets weiterhin nachhaltig und verantwortungsvoll verwalten sollten. Staatliche Hilfe sollte an strenge soziale, ökologische und unternehmensbezogene Bedingungen geknüpft werden, um die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes zu erhalten, wobei strategische Sektoren und Industrien besondere Aufmerksamkeit verdienen, damit die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten in Drittländern verringert werden kann. Zur Finanzierung eines nachhaltigen Wiederaufbaus müssen die Mitgliedstaaten mehr denn je gegen Finanzspekulanten geschützt werden und Steuerflucht und Steuerbetrug bekämpfen, sie müssen innovative Finanzierungsquellen erschließen und an den Märkten Gelder zu günstigen Konditionen aufnehmen können.

Einige Stimmen sind mit der Forderung vorgeprescht, man möge den ökologischen Umbau auf Eis legen. Das ist jedoch die falsche Herangehensweise, um die Auswirkungen von COVID-19 zu bekämpfen. Stattdessen begünstigen viele der Maßnahmen, die im europäischen Grünen Deal beschrieben werden, ganz direkt den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die sozioökonomische Konvergenz. Der europäische Grüne Deal als neue EU-Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze muss jetzt umso mehr vorangetrieben werden und sich das Potenzial des sozial ausgewogenen Fonds für einen gerechten Übergang, der Renovierungswelle und der Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft zunutze machen. Die investierten öffentlichen Gelder sollten den Übergang unterstützen und dabei die Ziele des europäischen Grünen Deals sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung einbeziehen.

Diese Krise hat auch gezeigt, wie wichtig es ist, die Abstimmung und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern, zentrale Errungenschaften der EU, wie beispielsweise die Freizügigkeit, zu festigen und bessere Vorkehrungen für künftige Notfälle zu treffen. Leider wird die Krise auch von manchen als Vorwand benutzt, um die Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Gleichstellung der Geschlechter, der LGBTIQ-Rechte und des Minderheitenschutzes zu untergraben. Wir bekräftigen daher erneut, dass diese universellen Werte niemals mit Füßen getreten werden dürfen. Wir werden weiter für diese Werte eintreten und sie fördern, und wir werden nicht zulassen, dass die Grundwerte der EU durch COVID-19 beeinträchtigt werden; bei der Verwendung von Corona-Apps müssen daher strengste Normen für den Schutz der Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz gelten. Der Wiederaufbau muss diese Werte stärken und zu einem wahrlich frauenfreundlichen Europa mit rechtsverbindlichen Zielvorgaben und einem gleichberechtigten Europa auf der Grundlage der allgemeinen Menschenrechte und der Solidarität beitragen.

3. Europa muss eine Gesundheitsunion schaffen

Viele Menschen haben die modernen Alltagshelden zwar spontan mit stehenden Ovationen geehrt, doch zugleich wurde Europa daran erinnert, dass Gesundheit ein Grundrecht und ein zentrales öffentliches Gut ist, das allen offenstehen muss. Sie muss dementsprechend behandelt und gefördert werden, und nicht etwa so, als wäre sie ein beliebiger wirtschaftlicher Sektor oder irgendeine Ware.

Unsere Gesundheitsversorgung hat dank des Einsatzes der dort Beschäftigten und dank deren solider Basis standgehalten. Dennoch ist die Krise eine ernste Warnung, die öffentlichen Systeme nicht durch Sparmaßnahmen zu schwächen. Wir müssen alle Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesektor schützen, ihre Arbeitsbedingungen verbessern und die Löhne im Gesundheits- und Sozialwesen anheben – mit langfristigen Maßnahmen für attraktive Gehälter und angemessene Arbeitsbedingungen.

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass auf sich gestellte Mitgliedstaaten schwerlich mit einer solchen Pandemie zurechtkommen. Deshalb sind eine stärkere Kooperation und eine bessere

Koordination zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich eine absolute Notwendigkeit. Es gilt, die Gesundheits- und Pflegesysteme zu stärken, die Widerstandskraft gegen künftige Bedrohungen zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass jede Europäerin und jeder Europäer Zugang zu qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Gesundheitsversorgungs- und Pflegeleistungen hat. Die EU muss daher auch als Gesundheitsunion betrachtet werden, die die gemeinsame Beschaffung von medizinischen Ausrüstungsgegenständen, Impfstoffen und Medikamenten, die zentrale Bevorratung von grundlegenden medizinischen Geräten und Materialien sowie ihre faire Verteilung unter den Mitgliedstaaten organisieren kann. Sie muss sicherstellen, dass Mittel für die Erforschung und Entwicklung von Behandlungsoptionen und Impfstoffen bereitstehen und dass, sobald eine Behandlungsoption oder ein Impfstoff gefunden wurde, diese als öffentliches Gut von allen genutzt werden können. Die Krise hat auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, dass die Bündelung von materiellen oder personellen Ressourcen unter und innerhalb der EU-Mitgliedstaaten schwierig gewesen ist und die Solidarität und den Zusammenhalt der EU auf eine Probe gestellt hat. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ein globales Verzeichnis grundlegender medizinischer Geräte und Medikamente erarbeiten, auf die alle Länder garantiert zugreifen können, und sie müssen bei UN-Initiativen zur Verbesserung der globalen Kooperation für das Gemeinwohl aller, z. B. bei Patentpools, eine Führungsrolle übernehmen.

4. Europa muss seinen Platz auf der internationalen Bühne einnehmen

Durch Solidarität unter den Mitgliedstaaten hat Europa einmal mehr gezeigt, dass es für unsere gemeinsame Zukunft notwendig und gut ist. Europa muss auf der internationalen Bühne mit gutem Beispiel vorangehen und Drittländer unterstützen, besonders in unserer Nachbarschaft auf dem westlichen Balkan, in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, im Nahen Osten, Afrika und darüber hinaus, insbesondere Lateinamerika. Wir müssen unsere Partnern bei der Bewältigung der humanitären, gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise unterstützen. Der Beschluss des IWF-Exekutivdirektoriums, umgehend den Schuldendienst für 25 der ärmsten und schutzbedürftigsten Mitgliedsländer zu erleichtern, ist ein erstes eindeutig positives Beispiel für das, worum es bei konkreter Solidarität ohne Umschweife geht. In diesem Geist sollte die EU weitere ähnliche Maßnahmen durch internationale Geberländer anführen. Eine umfassende Strategie für den globalen Süden einschließlich Afrika zur Bekämpfung von globalen Ungleichheiten, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen ist jetzt noch wichtiger geworden. Wir werden dafür eintreten, dass Demokratie, menschliche Entwicklung und der Kampf gegen Ungleichheiten Hand in Hand gehen mit dem ökologischen Wandel in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Pandemie wird ernste kurz- und langfristige Konsequenzen für die Menschen und den Planeten haben. Die EU muss sich ihre strategischen Güter bewahren, ihre strategische Eigenständigkeit sichern und Sektoren schützen, die wesentlich für den Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft sein werden, wie beispielsweise kohlenstoffarmer Stahl und Aluminium.

Gleichzeitig muss sie den Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie fairen, regelbasierten Handelsbeziehungen mit einem neuen internationalen Regelwerk neuen Schub verleihen, damit Solidarität, Menschenrechte und demokratische Entscheidungsprozesse an erster Stelle stehen, und sie muss sich für den Aufbau einer fairen und nachhaltigen Globalisierung einsetzen. Während der COVID-19-Pandemie sind viele europäische Unternehmen ihrer Verantwortung für ihre Arbeitskräfte und Produzenten in Ländern mit geringen Arbeitskosten nicht gerecht geworden, vor allem in der Bekleidungsbranche und im Medizinproduktesektor. Dies hat abermals die klare Notwendigkeit strenger internationaler Regeln für die Verantwortung der Unternehmen und für eine sorgfältige Überprüfung von Gütern, die auf den europäischen Markt kommen, deutlich gemacht. Wenn durch Falschinformationen und Fake News Menschen zu Tode kommen und unser demokratisches Modell in Gefahr gerät, müssen wir die Widerstandskraft der

Demokratie weltweit stärken. Im Angesicht eines wachsenden Nationalismus und Populismus, von Angriffen gegen die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie und der Schwächung internationaler Organisationen und Vereinbarungen erneuern wir unser Bekenntnis zu multilateralen Institutionen, einer regelbasierten internationalen Ordnung und unterstützen die Reformvorschläge von UN-Generalsekretär António Guterres. Wir fühlen uns weiter der Sicherung des Friedens und der Sicherheit aller Menschen verpflichtet. Die EU muss mit einer Stimme sprechen, um unsere Werte auf der Grundlage von Menschenrechten, Demokratie, Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit und Wohlstand neu zu bekräftigen.

Die COVID-19-Krise hat gezeigt, dass die EU ein politisches Projekt ist, bei dem die Solidarität zwischen Ländern, Regionen und Menschen an erster Stelle steht. Europa muss jetzt geeint auftreten. Mit einer ehrgeizigen, zukunftsgerichteten europäischen Strategie und einem soliden EU-Aufbaufonds wird die EU in der Lage sein, sich für die Interessen aller ihrer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und das europäische Gesellschaftsmodell der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichstellung der Geschlechter, der demokratischen Rechenschaftspflicht, der Rechtsstaatlichkeit, einer hochwertigen Bildung und Gesundheitsversorgung, starker öffentlicher Dienste, einer innovativen Wirtschaft, kultureller Kreativität sowie respektvoller und inklusiver Gesellschaften zu stärken. Gleichzeitig muss die Konferenz zur Zukunft Europas möglichst bald als echter Beteiligungsprozess ihre Arbeit aufnehmen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in der gesamten EU darüber zu diskutieren, wie die Union und ihre Funktionsweise verbessert werden können.